

Ä4 Gerechtigkeit erkämpfen, nicht erbetteln!

Antragsteller*in: Maximilian Meier (KV München), Bernhard Schüßler (KV München), Lorenz Stradtner (KV München)

Beschlussdatum: 08.05.2025

Änderungsantrag zu I1

Von Zeile 68 bis 71:

Darum ist für uns klar: ~~Die Prüfung für ein~~ Ein Verbotsverfahren der AfD muss schnellstmöglich durch den Bundestag, Bundesrat oder die Bundesregierung eingeleitet werden, Demokratiefeind*innen müssen aus dem Staatsdienst entfernt werden und die Finanzierung dieser gesichert

Von Zeile 74 bis 77:

Es ist die Aufgabe aller Demokrat*innen, sich Rechtsextremen entgegenzustellen, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit offensiv zu bekämpfen und mit echten Lösungen statt dem Wiederholen von ~~Nicht-Lösungen~~ Hass und Hetze für eine sozialgerechte sowie zukunftsfähige Politik zu werben!

Begründung

Die Prüfung eines AfD-Verbotsverfahrens ist noch keine formelle Beantragung. Es wird Zeit, dass der Bundestag, Bundesrat oder die Bundesregierung endlich ein Verfahren auf den Weg bringt. Ausreichend Hin- und Beweise liegen spätestens seit dem Gutachten des Verfassungsschutzes vor.

Der Kampf gegen den Rechtsextremismus erfordert ein grundsätzliches Bekämpfen struktureller gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

Die AfD und andere rechtsextremistische Kräfte bieten nicht einmal Nicht-Lösungen, sondern systematisch Hass und Hetze.